

Press release  
252/2019  
Kiel, 05.12.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Die Diskussion ist noch nicht zu Ende

*Zur heutigen mündlichen Anhörung des Bildungsausschusses zum Thema Gesichtsschleier erklärt die bildungspolitische Sprecherin des SSW im Landtag, Jette Waldinger-Thiering:*

Die überwältigende Mehrheit der Anzuhörenden hat sich heute gegen eine gesetzliche Verbotsregelung für Vollverschleierung an Hochschulen ausgesprochen. Gleichzeitig wurde klar, dass niemand die Vollverschleierung romantisiert.

Es gibt Frauen, die sich selbstbestimmt religiös begründet verschleiern. Genauso gibt es sehr gute Gründe, Vollverschleierung abzulehnen und Unbehagen mit dem Frauenbild, das dahinter steckt, zu haben. Allerdings steht für mich im Vordergrund, welche Folgen eine mögliche Verbotsregelung haben könnte. Denn klar wurde: Wer die Vollverschleierung an Universitäten verbietet, muss sich im Klaren sein, dass er gegebenenfalls Frauen die Möglichkeit zur Bildung und zur Teilhabe an der Gesellschaft nimmt.

Sich gegen ein Verbot auszusprechen heißt nicht, hier mit falscher Toleranz zu reagieren. Wir können uns klar gegen Niqab und vergleichbare Kleidungsstücke positionieren. Es muss uns aber bewusst sein, dass wir keine gesellschaftliche Veränderung herbeiführen, indem wir etwas aus unserem Sichtfeld verbannen. Wir sollten stattdessen den öffentlichen Dialog führen und können und müssen dort auch weiterhin unsere ablehnende Haltung gegenüber patriarchalen Strukturen und Gewalt offen darlegen.

Die Frauenberatungsstellen waren deutlich in ihren Ausführungen; was Frauen in Unterdrückung wirklich hilft, ist Präventionsarbeit und im Gespräch mit ihnen zu bleiben. Wir müssen Frauen die Möglichkeit offenhalten, ihre verschiedenen Motivationen zu schildern oder sich gegebenenfalls gegen Zwang zur Wehr zu setzen.

Das Land sollte es sich nicht zu einfach machen und die Lösung der Frage in die Hochschulen verlagern. Ein Flickenteppich an Lösungen wäre aus meiner Sicht nicht wünschenswert. Wir beim SSW stehen für pragmatische Lösungen, die verhältnismäßig sind. Einige Vorschläge dazu haben wir heute bereits gehört. Besonderen Anklang hat die Einrichtung einer Ombudsstelle bei uns gefunden.

Für den SSW ist auch nach dieser Anhörung klar: Die Diskussion ist noch nicht an Ende, im Gegenteil. Wir werden sie auch innerhalb unserer Partei weiter führen.